



Kordula Kovac
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Windenergie um jeden Preis?

Kovac: „Durch Behauptungen werden Fakten geschaffen“

Berlin, 07.04.2017

Kordula Kovac, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 4.560
Telefon: +49 30 227-73 836
Fax: +49 30 227-76 836
kordula.kovac@bundestag.de

Büro Wolfach:

Schloßstraße 24 (Eingang über
Kirchstraße)
77709 Wolfach
Telefon: +49 7834-86 88 666
Fax: +49 7834-86 88 664
kordula.kovac@bundestag.de

Die Diskussion um die geplanten Windkraftvorhaben rund um den Gütschkopf nimmt kein Ende. Erst letzte Woche hatte die Forstwissenschaftliche Versuchs- und Forschungsanstalt (FVA) den Bau indirekt untersagt, da in einem Gutachten der Gütschkopf als Auerwild-Aufzuchtgebiet eingestuft wurde. Unmittelbar darauf hatte allerdings Windkraftanlagenbetreiber Badenova eine gentechnische Untersuchung gefordert. Badenova vermutet vorsätzliche Manipulation der gefundenen Lösung.

Kordula Kovac, die Südbaden im Deutschen Bundestag vertritt, hat die Diskussion aufgrund der Heimatnähe – Kovac wohnt in Wolfach – von Anfang an verfolgt: **„Die Diskussion wird sehr emotional geführt. Fakten und Vermutungen werden durcheinander geworfen, ebenso wie die unterschiedlichen Aspekte, die bei dem geplanten Bau der Windkraftanlagen berücksichtigt werden müssen.“** Vor diesem Hintergrund bat Kovac am Freitagabend die Betroffenen und Verantwortlichen zur Erfassung eines Stimmungsbildes.

„Es ist teilweise schon ernüchternd, wie wenig die Einwände und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in der ganzen Diskussion berücksichtigt werden, unabhängig ob diese den Abstand zur Erdbebenmessstation BFO oder das Auerwild-Brutschutzgebiet betreffen. Der Plan eines Forums Energiedialog ist sicherlich begrüßenswert, nur ist für mich auch dadurch eine verbesserte Transparenz und Partizipation nicht sichergestellt. Das Vorgehen am Gütschkopf zeigt, dass grüne Landespolitiker aufgrund ihrer selbst zu hoch gesteckten Ziele in Zugzwang geraten, was den Ausbau der Windkraft angeht. Dass in diesem Zusammenhang der sogenannte „substantielle Beitrag“ auftaucht, der jeglicher rechtlicher Substanz entbehrt, ist ein Indiz dafür, dass durch Behauptungen Fakten geschaffen werden sollen. Welche Rolle dabei das Regierungspräsidium spielt, erschließt sich mir nicht.“

Der von der grünen Landtagsabgeordneten Sandra Boser immer wieder zitierte „substantielle Beitrag zur Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien“ der Gemeinden existiert im Bundesrecht



nicht. Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages bestätigte Kovac auf Anfrage, dass es keinen bundesweiten Bedarfsplan zum Ausbau von Windenergie gibt. Lediglich ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes von 2010 bezieht sich auf das Gebot der Kommunen, der „Windenergie in substanzieller Weise Raum zu verschaffen“. Grundsätzlich gilt, dass dieser substanzielle Raum nicht anhand eines Flächenanteils bestimmt werden kann, sondern vom Einzelfall abhängt.

Laut der Landesregierung Baden-Württemberg soll bis 2020 der Anteil der Stromerzeugung aus Windkraft 10 Prozent betragen. 2015 lag er gerade mal bei 1 Prozent. **„Im Lichte dieser ehrgeizigen Zielsetzung muss umso mehr darauf geachtet werden, dass die Einzelfallprüfung für und wider dem konkreten Bauvorhaben mit Sorgfalt und angemessener Detailtiefe durchgeführt wird“**, so Kovac.